

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/04/2020

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 19.02.2020,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 19:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Uwe Gaumann
Herr Rolf Griesenberg
Frau Susanna Hansen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Erik Schrader
Herr Dr. Detlef Steuer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel
Herr Burkhard Bertram
Herr Olaf Falke
Herr Stefan Gertz
Herr Klaus Goldbeck

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Susanne Lohmann
Frau Karen Schmick
Herr Michael Stukenberg
Herr Rainer Möller
Herr Peter Engel

Bürgerl. Mitglied, nur öffentl. Teil
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Peter Kania
Herr Kay Renner
Herr Stefan Schnabel
Frau Angela Haase

Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2020 vom 15.01.2020
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2020 vom 22.01.2020
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- keine -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Fördermittel-Antrag Reallabor Hamburg/ioki
 - 7.2.2. Bauzeitenplan zum Ausbau Hamburger Straße im Abschnitt Rondeel bis AOK-Kreuzung
 - 7.2.3. Einführung der Gelben Tonne mit einem Mindestvolumen von 240 Litern
8. Städtebauförderung - Maßnahmenplan 2020 **2020/012**
9. Wettbewerbsverfahren: Erweiterung Rathaus Ahrensburg, Tiefgarage und urbaner Park **2020/013**
- zurückgezogen -

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 10.1. Nachfrage zu zusätzlichen Fahrradständern am Peter-Rantzau-Haus
- 10.2. Hinweis zur Vielzahl von Schuhen am Baum/Weg „An der Reitbahn“
- 10.3. Wildes Parken in der Manhagener Allee/Zentrum
- 10.4. Beschwerde gegenüber der AWSH wegen des Verhaltens von Entsorgungsunternehmen beim Leeren zu voller Container
- 10.5. Nachfrage zur Öffnung der Tiefgarage unter dem Rathausplatz
- 10.6. ÖPNV-Verbindung im Gewerbegebiet Nord
- 10.7. Prüfung zur Zulässigkeit der Anwesenheit von stellvertretenden Bürgerlichen Ausschussmitgliedern im Bau- und Planungsausschuss

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Kubczig begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Jürgen Siemers erinnert an seine als Vorsitzendem des Bürger- und Grundeigentümergegenvereins „Waldgut Hagen“ e. V. in der Sitzung des BPA am 22.01.2020 im Rahmen der Einwohnerfragestunde gestellte Frage zur Beleuchtung der Manhagener Allee im Abschnitt Am Aalfang bis Lohkoppel. Verwaltung und Politik wurden gebeten zu überprüfen, ob die Ausleuchtung der neu hergestellten Nebenanlagen mit den LED-Leuchten so gewollt ist bzw. ausreicht. In diesem Zusammenhang wurde von ihm festgestellt, dass die Beleuchtung in einigen Straßenabschnitten eben nicht - wie offensichtlich hier - die Fahrbahn im Fokus habe. Der Hinweis sei als generelle Anmerkung zu verstehen.

Hierzu teilt die Verwaltung mit, dass heute hierauf im Zuge des TOP 7/Sonstige Berichte/Mitteilungen geantwortet werden sollte, dies wird aufgrund seiner Nachfrage nun vorgezogen.

Im Zuge der Maßnahme zur Erneuerung des Geh- und Radweges in der Manhagener Allee wurde natürlich auch die Beleuchtung angepasst. Hierzu wurde zuvor eine lichttechnische Berechnung vorgenommen. Prinzipiell sei es jedoch schwierig, die Leuchten in einer Allee so zu platzieren, dass die Ausleuchtung überall gleichmäßig ist.

Des Weiteren wird angemerkt, dass die Beleuchtung erst mit der Fertigstellung der zweiten Seite die volle Ausleuchtung erbringe. Die Leuchten werden auf den Seiten versetzt angeordnet. Die Maßnahme sei noch nicht abgeschlossen, sodass derzeit noch der Eindruck einer nicht gleichmäßigen Beleuchtung entstehen könne. Beabsichtigt ist eine gleichmäßige Ausleuchtung von Fahrbahn sowie Geh- und Radweg.

Herr Siemers entgegnet, dass nach seiner Beobachtung überwiegend die Fahrbahn ausgeleuchtet werde.

Außerdem merkt er an, dass auch im Kreuzungsbereich Vogelsang/Starweg die Ausleuchtung für Fußgänger unzureichend sei. Ebenfalls zu dunkel sei es seines Erachtens am Neubau an der AOK-Kreuzung. Die Verwaltung bietet eine gemeinsame Begehung an, auch der Manhagener Allee nach Ende dieser Baumaßnahme.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht gestellt. Der Vorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 04.02.2020 vorgeschlagene Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 11 und 12 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Zu TOP 9/Vorlage Nr. 2020/013 wurde ihm ferner mitgeteilt, dass diese Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen werde.

Die Verwaltung ergänzt, dass die Vorlage Nr. 2020/013 wegen eines inhaltlichen Fehlers zurückgezogen werde, dies wurde auch bereits im Umweltausschuss am 12.02.2020 erklärt. Im Zeitraum 04./05.02.2020 erreichte aufgrund technischer Probleme (außerhalb des Rathauses Schaden bei Bauarbeiten) eine erforderliche Korrektur nicht den Schreibdienst, nur die Anlage war angepasst. Die Vorlage wird als Vorlage Nr. 2020/019 in der richtigen Form neu verteilt und in der Sitzung des BPA am 18.03.2020 beraten.

Erklärt wird ferner, dass die BPA-Sitzung am 04.03.2020 mangels Tagesordnungspunkten ausfallen könne.

Ohne Aussprache wird anschließend über den Antrag des BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den genannten Tagesordnungspunkten 11 und 12 abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 12 dafür
1 dagegen (SPD)**

Der Bau- und Planungsausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Anschließend wird über die gesamte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2020 vom 15.01.2020

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2020 vom 22.01.2020

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit ebenfalls als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Fördermittel-Antrag Reallabor Hamburg/ioki

Die Verwaltung teilt mit, dass sie mit Unterschrift vom 12.02.2020 am 13.02.2020 den Antrag für das Fördervorhaben „On-Demand-Shuttle Service in Ahrensburg“ im Rahmen des Reallabors Hamburg und in Zusammenarbeit mit dem Kreis Stormarn, dem VHH und ioki über 939.121 € beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) eingereicht habe. Er umfasse den Planzeitraum vom 01.04.2020 bis 31.12.2021.

7.2.2. Bauzeitenplan zum Ausbau Hamburger Straße im Abschnitt Rondeel bis AOK-Kreuzung

Als **Anlage** liegt diesem Protokoll die Präsentation zum Ausbau der Hamburger Straße im Abschnitt Rondeel bis AOK-Kreuzung bei, dies besonders im Hinblick auf die Vielzahl der zu beteiligenden Versorgungsunternehmen wie Hamburg Wasser, Gas, Strom, Breitband, usw. Die zu berücksichtigenden Leitungen sind sämtlich der Anlage „Querschnitt Nordost“ zu entnehmen. Insbesondere die DN 650er-Leitung von Hamburg Wasser muss vor dem Neuausbau der Hamburger Straße erneuert werden. Es handelt sich um eine Hauptwasserleitung, die ansonsten bei den Bauarbeiten platzen könnte. Die Anlagen „Lageplan Nordost“ und „Lageplan Südwest“ verdeutlichen deren Lage in der Fahrbahn sowie die Lage der anderen Versorgungsleitungen. Der Zeitplan zum Leitungsbau sieht vor, dass Hamburg Wasser die Transportleitung DN 650 im Zeitraum September bis November erneuert, die schmaler dimensionierten Versorgungsleitungen DN 150 bis Februar 2021. Die anderen Versorgungsträger schließen sich bis Mai 2021 an. **Im Zeitraum September bis November 2020 ist wegen Hamburg Wasser eine Vollsperrung der Hamburger Straße** in diesem Abschnitt **erforderlich**. Im Dezember 2020 sollen wegen des Weihnachtsgeschäfts keine Bauarbeiten erfolgen. Ab Mai 2021 soll der Straßenneuausbau beginnen.

Kritisch hinterfragt wird, wie die Versorgung und Belieferung der in der Hamburger Straße sich befindenden Geschäfte während der Bauarbeiten sichergestellt werden kann. Hierzu wird erklärt, dass vom Neubau der DN 650er-Leitung die Geschäfte nicht betroffen seien. Eine Belieferung sei in gegenseitiger Absprache möglich, z. B. könnte diese zwischen 8:00 bis 9:00 Uhr erfolgen, anschließend arbeite Hamburg Wasser.

Nachgefragt wird nach einem **Baustellenmanagement** für diesen Ausbau. Die Verwaltung führt aus, dass der heute vorgelegte **Zeitplan ein 1. Schritt** des Baustellenmanagements sei, letztlich könnten aber nur die beteiligten Firmen einen verbindlichen Zeitplan aufstellen.

Dieser werde dann veröffentlicht und den Anliegern bekannt gegeben. Erklärt wird ferner, dass abschnittsweise gearbeitet werde.

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung um Überlegungen, wie während der Bauzeit durch Events der Einzelhandel unterstützt werden könnte.

Der Vertreter des Seniorenbeirats erkundigt sich, ob im Rahmen des Umbaus eine Barrierefreiheit der Geschäfte erreicht werde. Die Verwaltung erklärt, dass dies im Rahmen der Bauarbeiten soweit möglich berücksichtigt werde. Dies Ziel werde aber nicht in Gänze erreicht werden können.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

7.2.3. Einführung der Gelben Tonne mit einem Mindestvolumen von 240 Litern

Die Beschwerden über die Form der Einführung „Gelber Wertstofftonnen“ erreichen auch die Stadtverwaltung unter dem Aspekt, dass die Behälter überdimensioniert seien und nur schwer auf kleineren Privatgrundstücken dauerhaft vorzuhalten sind. Die AWSH hat einem Ahrensburger wie folgt geantwortet:

„Ich kann Ihr Anliegen in gewisser Weise verstehen.

In diesem Zusammenhang ist es aber tatsächlich so, dass weder die AWSH noch der Kreis unabhängig entscheiden können. Das ist folgendermaßen begründet:

Die Dualen Systeme sind gemäß Verpackungsgesetz für die Sammlung und Verwertung von lizenzierten Verkaufsverpackungen, die AWSH als kommunales Entsorgungsunternehmen entsprechend den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (§ 14) für die Sammlung und Verwertung von Wertstoffen, die nicht Verpackungen sind („stoffgleiche Nichtverpackungen“), zuständig. Die beiden beteiligten Seiten müssen umfangreiche Regelungen unter anderem über das Sammelsystem herstellen.

Die Modalitäten zur Einführung der Wertstofftonne im Kreis Stormarn sind zwischen der BellandVision GmbH (als Vertreter der Dualen Systeme) und der AWSH verhandelt worden. Ziel dieser Verhandlungen war es in erster Linie, neben den Verpackungsmaterialien in der Wertstofftonne stoffgleiche Nichtverpackungen aus Kunststoff und Metall mit zu erfassen und der Verwertung zuzuführen. Der Aufbau eines weiteren Sammelsystems für die stoffgleichen Nichtverpackungen sollte hierbei vermieden werden.

In diesem Rahmen ist der 240 Liter Behälter als Standardbehälter für die Wertstofftonne festgelegt worden (1100 Liter Behälter im Geschosswohnungsbau).

Betreiber dieses Erfassungssystems ist rechtlich gesehen weiterhin Belland-Vision GmbH. Die AWSH nutzt die Wertstofftonne für die Abfälle aus ihrem Verantwortungsbereich mit.

Unter diesen Rahmenbedingungen war ein differenzierteres Behälterangebot für die Erstausrüstung mit Wertstofftonnen, wie auch von der AWSH gewünscht, nicht möglich. Wir werden das Thema weiter verfolgen. In anderen Kreisen handelt es sich bei kleineren Gelben Behältern übrigens in der Regel um reine "Verpackungstonnen", in denen nicht zusätzlich auch stoffgleiche Nichtverpackungen gesammelt werden.

Wir bedauern, dass damit Ihr Wunsch sowie der einiger anderer Kunden nicht umgesetzt werden kann.

Dabei ist natürlich zu begrüßen, wenn Ihr Behälter durch Ihr Konsumverhalten nur zum Teil mit Verpackungsmaterialien befüllt wird. Abfallvermeidung ist der nachhaltigste Weg zum Ressourcen- und Klimaschutz.

Zudem können Sie nun aber, wenn vielleicht auch nicht bei jeder Leerung benötigt, voluminösere Gegenstände aus Kunststoff und Metall entsorgen.

Es besteht außerdem auch die Möglichkeit, gemeinsam mit Nachbarn einen Behälter zu nutzen. Dies stellt für einige Kunden eine pragmatische Lösung dar. Bei einer Entscheidung gegen die Wertstofftonne können unsere Kunden Wertstoffe auch kostenfrei an unseren Recyclinghöfen anliefern. In jedem Fall besteht aber die Pflicht, verwertbare Abfälle vom Restabfall zu trennen und diese den entsprechenden Erfassungssystemen zuzuführen.

Die allermeisten Kunden zeigen sich mit dem neuen Sammelsystem sehr zufrieden, da damit nun die negativen Begleiterscheinungen wie das Verwehen, Zerreißen oder auch das Beschaffen ein Ende haben.

Insofern werde auch ich dafür, zunächst einmal Erfahrungen mit dem neuen Sammelsystem zu machen.

Ich bitte um Verständnis auch dafür, dass die Wertstofftonne, wie alle anderen Abfallbehälter, im Sinne der Verkehrssicherheit nur zur Entleerung am Straßenrand abgestellt werden sollte.“

Der BPA nimmt von dem geschilderten Hintergründen Kenntnis.

8. Städtebauförderung - Maßnahmenplan 2020

Die Verwaltung erläutert, dass der Städtebauförderung ein dreistufiges System zu Grunde liege:

- Innenstadtkonzept zur Erhebung/Benennung der städtebaulichen Missstände
- Maßnahmenplan
- Antrag für Einzelmaßnahmen

Das Mittelvolumen des Maßnahmenplans 2020 umfasse rd. 4,1 Mio. €, davon trage die Stadt 1/3. In Höhe von 2/3 erfolge eine Förderung. Die Verwaltung erläutert, dass der Maßnahmenplan grundsätzlich nur zur Kenntnis gegeben werden müsse, eine Zustimmung sei nicht erforderlich. Sie werde aber unter dem Aspekt der Einvernehmlichkeit erbeten.

Einige Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage Nr. 2020/020 zum Anlass, den Ausbau der Hamburger Straße - siehe TOP 7.2.2 Bauzeitenplan zum Ausbau der Hamburger Straße - zu hinterfragen. Der Neuausbau ist in B 2.1.6 „Neugestaltung Hamburger Straße“ als Maßnahme im Rahmen der Städtebauförderung aufgeführt. Die Verwaltung erinnert, dass bereits eine Vielzahl von Fördermitteln abgerufen werden musste; da bisher in nennenswertem Umfang keine Maßnahmen umgesetzt worden seien, seien derzeit jährlich Verzugszinsen zu zahlen. Es sei daher notwendig, nunmehr die geplanten Maßnahmen auch umzusetzen. Die neue Städtebauförderrichtlinie sehe zwar einen Verzicht auf die Zinsfestsetzung vor, sei aber bisher nur ein Entwurf und noch nicht beschlossen.

Die Verwaltung plädiert im Hinblick auf die zu beteiligenden Versorgungsträger beim Neuausbau der Hamburger Straße dafür, dass sich die Stadt Ahrensburg als verlässlicher Partner erweisen müsse. Die Versorgungsträger seien Wirtschaftsunternehmen, Hamburg Wasser hätte im Vertrauen auf den Ausbau die benötigten Finanzmittel von rd. 1 Mio. € eingeworben und die entsprechenden Ressourcen zur Umsetzung der Baumaßnahme eingeplant. Bereits die Entscheidungen der Stadt Ahrensburg, den Ausbau des Kreisverkehrs Hagener Allee zunächst aufzugeben und den Ausbau der Hagener Allee im Abschnitt Starweg bis Spechtweg zu verschieben, hätte das Arbeitsverhältnis belastet.

Kritisiert wird seitens einiger Ausschussmitglieder, dass noch kein Parkraumkonzept vorliege, erst im März 2020 seien Zählungen unter Einbeziehung der Parkhäuser geplant. Das Konzept solle zum Sommer 2020 vorliegen. Unter diesem Aspekt sei der Ausbau der Hamburger Straße verfrüht. Ein Ausschussmitglied entgegnet, dass die geringe Parkplatzanzahl in der Hamburger Straße im Parkraumkonzept **nicht** von hoher Bedeutung sein könnte, dies rechtfertige keine Verschiebung.

**9. Wettbewerbsverfahren: Erweiterung Rathaus Ahrensburg, Tiefgarage und urbaner Park
- zurückgezogen -**

Wie unter TOP 4/Festsetzung der Tagesordnung erklärt, wird die Vorlage wegen inhaltlicher Fehler vollständig zurückgezogen. Die korrigierte Vorlage wird als Vorlage Nr. 2020/019 am 18.03.2020 dem BPA zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

10.1. Nachfrage zu zusätzlichen Fahrradständern am Peter-Rantzau-Haus

Nachgefragt wird zum Ausbau von zusätzlichen Fahrradständern am Peter-Rantzau-Haus.

Die Verwaltung erklärt, dass dies vor kurzem in dem abgestimmten Umgang erfolgt sei (10 zusätzliche Fahrradständer).

10.2. Hinweis zur Vielzahl von Schuhen am Baum/Weg „An der Reitbahn“

Hingewiesen wird auf die hohe Anzahl von Schuhen an dem neben dem Gehweg „An der Reitbahn“ stehendem Baum neben dem „42“. Deren Belastung könnte zwischenzeitlich ein Sicherheitsrisiko für die darunter gehenden Personen bedeuten, sofern die Äste unter der Belastung abbrechen.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung durch den Fachdienst Umwelt zu.

10.3. Wildes Parken in der Manhagener Allee/Zentrum

Ein Ausschussmitglied weist auf das vielfach unzulässige Parkverhalten in der Manhagener Allee/Zentrum hin und fragt nach, ob die Verwaltung hier tätig werden könne.

Die Stadtplanung erklärt, dass dieser Missstand bekannt sei, sie sei im Gespräch mit der Verkehrsaufsicht.

10.4. Beschwerde gegenüber der AWSH wegen des Verhaltens von Entsorgungsunternehmen beim Leeren zu voller Container

Ein Ausschussmitglied beschwert sich über das Verhalten der Müllentsorgungsunternehmen beim Leeren offensichtlich zu voller Container in der Innenstadt. Sowohl in der Manhagener Allee wie auch in der Hagener Allee wurde beobachtet, dass die Entsorger Teile des Mülls entfernen und dann den Container leeren; die Reste werden nicht mitgenommen. Es wird gebeten, dies über die AWSH zu klären. Der Müll sei vollständig zu entsorgen.

10.5. Nachfrage zur Öffnung der Tiefgarage unter dem Rathausplatz

Der Vertreter des Seniorenbeirats erkundigt sich nach dem Sachstand zur Tiefgarage unter dem Rathausplatz, die in Teilen unverändert nicht der Öffentlichkeit vom Eigentümer zur Verfügung gestellt wird.

Die Verwaltung erklärt, dass der Sachstand unverändert sei, auch Zwangsgeld führe nicht zu einer veränderten Haltung des Eigentümers.

Der Vertreter des Seniorenbeirats beantragt daher den Ankauf der Tiefgaragenfläche, um die Plätze sodann für die Öffentlichkeit öffnen zu können.

Der Vorsitzende teilt mit, dass hierüber heute nicht abgestimmt werde. Das Anliegen sei nicht Gegenstand der Tagesordnung. Der Vertreter des Seniorenbeirats wird aufgefordert den Antrag schriftlich einzureichen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Antrag ist zwischenzeitlich eingegangen und als AN/016/2020 erfasst.

10.6. ÖPNV-Verbindung im Gewerbegebiet Nord

Der Vorsitzende weist eindringlich darauf hin, dass er von Gewerbebetrieben im Gewerbegebiet Nord auf die schlechter gewordene Busanbindung angesprochen worden sei. Es wird um eine Verbesserung des Taktes, insbes. bei Arbeitsanfang und -ende, gebeten. Einige Betriebe erwägen eine Abwanderung, da sie einen Verlust von Fachkräften befürchten müssen. Die Lage sähen sie derzeit als Standortnachteil.

Die Verwaltung erklärt, dass seit Dezember 2019 auch bereits das neue Gewerbegebiet Beimoor II mit der Carl-Backhaus-Straße in die Buslinie 169 eingebunden sei, dies führte zu einer Veränderung der Route. Der Verwaltung sei bekannt, dass aktuell z. B. nicht der Regionalexpress ab Ahrensburg nach Hamburg Hbf erreichbar sei, da dieser zeitlich vorgezogen wurde. Der Busfahrplan soll zum Fahrplanwechsel Dezember 2020 angepasst werden, angedacht ist ein durchgängiger 30-Minutentakt nach Ansiedlung von Famila. Die Verwaltung erhofft sich eine noch im Jahr 2020 wirkende Verbesserung durch das vor der Einführung stehende ioki-Angebot, dies sollten besonders betroffene Firmen nutzen.

Von einem Stadtverordneten wird festgestellt, dass die derzeitige Situation zu einer vermehrten Nutzung von PKWs im Gewerbegebiet führen wird, gerade dies sei nicht gewollt. Ein Ausschussmitglied regt an, durch die Wirtschaftsförderung/Frau Gust die Wünsche an den ÖPNV und ioki aktiv bei den Gewerbebetrieben zu erfragen. Die Verwaltung erklärt, dass diese Themen bereits angesprochen werden. Der Vorsitzende bittet, über die Gespräche der Wirtschaftsförderung bezogen auf ÖPNV und ioki den BPA zu informieren.

Anmerkung der Verwaltung:

- 1. Für viele Pendler bedeutet die Nichterreichbarkeit des Regionalexpresses derzeit eine rd.18 Minuten spätere Ankunft in Hamburg Hbf. Hintergrund ist die Ausrichtung des Rendezvoussystems am Bahnhof Ahrensburg nach der Regionalbahn, außerdem gebe es Zwangspunkte durch die anderen 3 Ahrensburger Bahnhöfe. Von daher konnte der zuständige Kreis Stormarn mit der HVV nicht auf das zeitliche Vorziehen des in Ahrensburg nur einmal pro Stunde haltenden Regionalexpresses reagieren.*
- 2. Im Übrigen wird verwiesen auf den Sachverhalt in Vorlagen-Nr. 2019/088 und die BPA-Beratung am 21.08.2019.*

10.7. Prüfung zur Zulässigkeit der Anwesenheit von stellvertretenden Bürgerlichen Ausschussmitgliedern im Bau- und Planungsausschuss

Weitere Tagesordnungspunkte werden im öffentlichen Teil nicht angesprochen, sodass die Einwohner/innen gebeten werden den Saal zu verlassen. Anwesend ist noch das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herr Möller.

Ein Ausschussmitglied bemerkt, dass dessen Anwesenheit nicht zulässig sei und bittet die Verwaltung um Prüfung. Nach Prüfung wird unter Berufung auf den Kommentar Dehn vom August 2018 zu § 35 Gemeindeordnung SH (GO) „Öffentlichkeit der Sitzungen“ auch dieser als stellvertretendes bürgerliches Ausschussmitglied gebeten, den Saal zu verlassen. Nach dem Kommentar haben kein eigenständiges Recht auf Sitzungsteilnahme an nicht öffentlichen Beratungen bürgerliche Ausschussmitglieder sowie ihre Stellvertreter.

Anmerkung der Verwaltung:

Diese Auskunft wurde überprüft und hat sich als falsch erwiesen. Die Gesetzeslage hat sich geändert, eindeutig ist **§ 46 Abs. 6 Satz 4** (letzter Satz) GO. Danach haben stellvertretende bürgerliche Mitglieder auch Zutritt (Teilnahmerecht) zu den nicht öffentlichen Sitzungen des Ausschusses, dem sie angehören. Dies trifft auf Herrn Möller als stellvertretendes bürgerliches Ausschussmitglied des Bau- und Planungsausschusses zu. Er hat ein Anwesenheitsrecht, jedoch kein Rede-, Antrags-, Auskunfts- oder Stimmrecht im BPA.

Diese **neue** Regelung mit einem Anwesenheitsrecht der stellvertretenden bürgerlichen Mitglieder in nicht öffentlichen Sitzungen besteht erst seit dem 03.08.2016 und war der Verwaltung nicht bekannt. Die Verwaltung wird sich bei Herrn Möller entschuldigen und hat bereits am 20.02.2020 angeboten, dass dieser sich in der Zwischenzeit mit ihr in Verbindung setzen könne und über die nicht öffentlichen Punkte der Sitzung des BPA vom 19.02.2020 informiert werde.

gez. Markus Kubczigk
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin